

Macron empfängt Netanjahu

Trumps Aussenpolitik eröffnet neue Perspektiven für Paris im Nahen Osten

Von Rudolf Balmer, Paris

Emmanuel Macrons Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Paris war seit Wochen vorgesehen. Im Kontext der von US-Präsident Donald Trump angekündigten Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels bekam dieser Besuch zu einem Mittagessen im Elysée-Palast eine unverhofft grössere Aktualität.

Das Hauptthema der Diskussionen hätte ursprünglich Iran in der Libanonkrise sein sollen. Trumps brusche Wende in der amerikanischen Nahostpolitik hat aus der Zukunft von Friedensgesprächen zwischen Israel und den Palästinensern einen brennend aktuellen Gesprächsstoff bei einem international beachteten Treffen gemacht.

In der Hauptstadtfrage kann Benjamin Netanjahu in Frankreich nicht mit Verständnis oder sogar Entgegenkommen rechnen. Zwar hatte im Vorfeld des Besuchs der Repräsentative Rat der Jüdischen Institutionen Frankreichs (CRIF), der Trumps Schritt als «historischen Entscheid» begrüsst hatte, den französischen Staatschef ersucht, Frankreich «auf dieselbe mutige Richtung zu verpflichten». Macron aber hatte bei einem Besuch in Algier unzweideutig Trumps Ankündigung als «bedauernd» bezeichnet, da sie dem Völkerrecht und den UNO-Resolutionen entgegenlaufe.

Auf Twitter hatte Macron das noch ausgeführt: «Bezüglich Jerusalem unterstützt Frankreich den Entscheid der Vereinigten Staaten nicht. Frankreich steht zur Zweistaatenlösung, dank der Israel und Palästina in Frieden und Sicherheit zusammenleben, und mit Jerusalem als Hauptstadt der beiden Staaten.»

Eine Rolle spielen

Frankreichs Aussenminister Jean-Yves Le Drian war noch etwas deutlicher, indem er erklärte, «wir missbilligen (Trump's Vorhaben) und wünschen inständig, dass trotz allem die Ruhe bewahrt werden kann».

Le Drian fügte mit Sinn für seinen



Mittagessen im Elysée-Palast. Emmanuel Macron begrüsst den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu. Foto Keystone

beschränkten Einfluss an, Frankreich könne «nicht allein handeln», um die Krise zu bewältigen. Macron hatte zuvor angetönt, Frankreich sei bereit, «zusammen mit seinen Partnern alle zweckdienlichen Initiativen zu ergreifen», die es erlauben, «Gewalt zu vermeiden und den Dialog zu fördern». Damit spielt die Pariser Staatsführung den Ball der diplomatischen Friedensbemühungen an die EU weiter.

Dennoch sähe es Macron nur zu gerne, wenn dank ihm Frankreich bei den Vermittlungen im Nahen Osten wieder eine Rolle spielen könnte. Seit

Jahren ist dies nicht mehr der Fall, obwohl alle Vorgänger des jetzigen Staatschefs seit Jacques Chirac immer wieder versucht hatten, neben der ausserpolitischen Dominanz der USA von den Konfliktparteien als Vermittler oder Ratgeber akzeptiert zu werden.

Proteste gegen Besuch

Mit seinem einseitigen Vorgehen gibt Trump zweifellos Macron indirekt eine echte Chance, diese Ambition nun zu verwirklichen und in dieser historischen Einflusszone Frankreichs (wieder) wie eine eigentliche Grossmacht

aufzutreten.

Macron tendiert aus diesem Grund zu einer gewissen Zurückhaltung. Dass er Netanjahu, den er schon im Juli zu einer Gedenkfeier (aus Anlass einer antijüdischen Razzia des Kollaborationsregimes vor 75 Jahren) eingeladen hatte, überhaupt im aktuellen Kontext empfangen hat, war umstritten.

In Paris und anderen französischen Städten haben am Vortag jeweils Hunderte Demonstranten gegen die Ankunft des israelischen Regierungschefs protestiert.

Erneuter Klimagipfel – diesmal in Paris

Präsident Macron will offenbar Themenführerschaft

Paris. Gerade erst ist die Klimakonferenz in Bonn zu Ende gegangen, schon lädt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zum Klimagipfel nach Paris. Im Zentrum des Treffens vom Dienstag steht die Frage, wie mehr Geld in Klimaschutz und grüne Technologien gelenkt werden kann. Das Treffen mit rund 50 Staats- und Regierungschefs, darunter Bundespräsidentin Doris Leuthard, findet in einem futuristischen Kulturzentrum auf einer Seinen-Insel westlich von Paris statt. Das Treffen nennt sich «One Planet Summit».

Der Anlass bietet Macron erneut Gelegenheit, sich wieder in einer internationalen Führungsrolle zu inszenieren. Und es sollen auch konkrete Lösungen angestrebt werden, wie der Elysée-Palast versichert. Erwartet werden Ankündigungen etwa von öffentlichen Entwicklungsbanken, Unternehmen und anderen Akteuren, wie sie zum Klimaschutz beitragen wollen. Der Zeitdruck sei so gross wie nie. Damit verweist Macrons Medienstelle auf die weiterhin ungenügenden Leistungen der Staatengemeinschaft, die Erderwärmung bis 2100 auf unter zwei Grad zu halten. Die bisherigen Zusagen zur Senkung der Treibhausgase reichen gemäss Schätzungen nicht aus, die im Pariser Klimaabkommen angestrebten Ziele zu erreichen.

Beim Gipfel in Paris soll es aber nicht um Verhandlungen zur Umsetzung des Klimaabkommens gehen. Der von der UNO und der Weltbank mitorganisierte Gipfel soll eher denjenigen ein Forum bieten, die voranschreiten wollen, inklusive nicht-staatlicher Akteure. Der «Klimafinanzierungsgipfel» in Paris solle mehr Unterstützung

zusagen, erhofft sich etwa der Chef der deutschen Umweltschutzorganisation Germanwatch, Klaus Milke. Allerdings machte der Elysée-Palast deutlich, dass das Pariser Treffen keine Geberkonferenz werde.

Im Fokus stehen vielmehr Bemühungen, bei der Verteilung privater und öffentlicher Investitionsmittel den Klimaschutz stärker zu berücksichtigen. Nach einem Bericht der Organisation Oil Change International stecken internationale Entwicklungsbanken und öffentliche Finanzierungs-Institutionen der G20-Länder viermal so viel Geld in fossile Energien wie in grüne Alternativen.

Nicht noch mehr Gruppenfotos

Die Umweltschutzorganisation WWF erwartet vom Gipfel bei Paris konkrete Schritte zu einer klimafreundlichen Ausrichtung des Finanzsektors. Auch sollten weitere Gelder für den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels mobilisiert werden, sagt WWF-Klimachef Michael Schäfer. Greenpeace-Experte Karsten Smid warnt allerdings vor zu viel Schaufenster-Politik ohne Verbindlichkeit: «Klimaschutz braucht kein weiteres Gruppenfoto, sondern mutige Massnahmen», sagte er.

Macron müsse die Teilnehmer des Spitzentreffens zu verbindlichen Schritten beim Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bewegen. Andererseits dürfe Frankreich sich aber nicht weiter auf «risikante Scheinlösungen wie Atomenergie» verlassen. Das Land hatte jüngst die geplante Reduzierung seines Atom-Anteils an der Stromproduktion verschoben. SDA

Athen entlastet Flüchtlingslager auf den Ostägäis-Inseln

Griechenland bringt Flüchtlinge auf das Festland

Athen. Griechenland hat mit Massnahmen gegen die kritische Überfüllung von Flüchtlingslagern auf den Ostägäis-Inseln begonnen. Bis Ende Monat sollen bis zu 5000 Flüchtlinge zum Festland gebracht werden. Und mit der Türkei wurde offenbar eine Vereinbarung getroffen. Das griechische Innenministerium liess innerhalb von 48 Stunden 480 Flüchtlinge aufs Festland und nach Kreta bringen, wie das griechische Staatsradio am Sonntag meldete. Noch vor Jahresende sollen bis zu 5000 Flüchtlinge zum Festland gebracht werden, hiess es weiter.

In Athen kursierten Meldungen, wonach die Türkei künftig auch diese Flüchtlinge zurückzunehmen bereit sei, die zurzeit von den Inseln zum Festland gebracht werden. Wie die Athener Zeitung *Kathimerini* am Samstag berichtete, hätten dies der griechische

Regierungschef Alexis Tsipras und der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan während eines Treffens in Athen am Donnerstag vereinbart.

Unklar, ob EU informiert

Dies sei ein Zusatz zur bereits existierenden Vereinbarung, wonach die Türkei im Rahmen des Flüchtlingsabkommens mit der EU Flüchtlinge von den griechischen Inseln zurücknimmt, hiess es in dem Bericht weiter. Regierungskreise wollten am Sonntag diese Information nicht kommentieren.

Unklar ist, ob die EU über diese Pläne informiert ist. Der EU-Türkei-Flüchtlingspakt vom März 2016 sieht vor, dass alle Flüchtlinge, die auf den Inseln der Ostägäis ankommen, von dort zurück in die Türkei gebracht werden müssen, wenn sie in Griechenland kein Asyl bekommen. SDA

Japan kündigt Militärmanöver mit Südkorea und den USA an

Nordkoreas Führung reagiert mit Kriegsrhetorik

Tokio. Inmitten anhaltender Spannungen wegen des nordkoreanischen Atom- und Raketenprogramms planen Südkorea, Japan und die USA ein weiteres gemeinsames Manöver in der Region. Die zweitägige Militärübung soll am Montag beginnen.

Im Zentrum des Manövers soll nach japanischen Angaben der Informationsaustausch über ballistische Raketen und deren Kursverfolgung stehen. Die USA und Südkorea hatten Anfang Dezember mit einer umfassenden Übung den Unmut Nordkoreas auf sich gezogen.

Die Regierung in Pjöngjang erklärte, das Manöver und die Drohung der USA mit einem Präventivschlag liessen keinen anderen Schluss zu, als dass ein Krieg unausweichlich sei.

Unklar war, ob bei dem bevorstehenden Manöver der drei auch das umstrittene Raketen-Abwehrsystem Thaad zum Einsatz kommen wird. Die USA haben das System in Südkorea stationiert und damit heftige Kritik Chinas auf sich gezogen. Die Volksrepublik sieht ihre eigene Sicherheit durch das ausgefeilte Thaad-Radar gefährdet, das weit nach China hineinreicht. SDA

Waffenverkäufe nehmen zu

US-Unternehmen profitieren

Stockholm. Fünf Jahre lang gingen die Waffenverkäufe auf der Welt zurück. Doch laufende militärische Konflikte sorgen gemäss neuesten Sipri-Zahlen für eine Trendwende. Im vergangenen Jahr stieg der Umsatz der 100 grössten Rüstungsunternehmen mit Waffen und militärischen Dienstleistungen auf 374,8 Milliarden Dollar, wie das schwedische Friedensforschungsinstitut Sipri berichtete. Das sei angesichts der anhaltenden politischen Spannungen und laufenden Militärkonflikte in mehreren Ländern zu erwarten gewesen, erklärte das Sipri. Zudem hätten mehrere Staaten ihr Militär modernisiert und neue Waffensysteme eingeführt.

Mehr als zwei Drittel (217 Milliarden Dollar) der Rüstungseinnahmen gingen an US-Unternehmen, die rund vier Prozent mehr verkauften. Dafür hätten zum einen US-Militäroperationen im Ausland gesorgt. Ausserdem hätten andere Länder US-Waffensysteme erworben. Mit seinen Waffen und den Kampfflugzeugen F-35 habe besonders Weltmarktführer Lockheed Martin 10,7 Prozent mehr Umsatz gemacht, sagte das Sipri.

Südkorea produziert selbst

Die westeuropäischen Waffenverkäufe blieben nach einem Anstieg im Vorjahr dem Bericht zufolge stabil. Der Umsatz betrug rund 91,6 Milliarden Dollar. Allein in Deutschland stieg er um 6,6 Prozent, vor allem getrieben durch den «Leopard»-Panzer-Hersteller Krauss-Maffei-Wegmann und Rheinmetall. «Beide Unternehmen haben von der Nachfrage nach Waffen in Europa, im Mittleren Osten und in Südostasien profitiert», erklärte Sipri-Forscher Pieter Wezeman. Die russischen Produzenten steigerten ihre Verkäufe um 3,8 Prozent – weit weniger stark als in den Vorjahren. Grund seien grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten dort, heisst es in dem Bericht.

In Südkorea dagegen habe die steigende regionale Bedrohung dafür gesorgt, dass nicht nur Waffen eingekauft wurden, sondern auch die eigene Rüstungsindustrie mehr und mehr angekurbelt wurde. SDA

Nachrichten

Erdogan bezeichnet Israel als «Terrorstaat»

Istanbul. In der Krise um die Anerkennung Jerusalems durch die USA hat der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan Israel als «Terrorstaat» bezeichnet. «Israel ist ein Besatzerstaat. Dieses Israel ist ein Terrorstaat», sagte Erdogan laut der staatlichen Nachrichtenagentur *Anadolu* am Sonntag vor Anhängern seiner islamisch-konservativen Regierungspartei AKP im zentral-anatolischen Sivas. SDA

Israel zerstört Hamas-Angriffstunnel aus Gaza

Tel Aviv. Israels Armee hat einen weiteren Tunnel zerstört, der vom Gazastreifen auf israelisches Gebiet führte. Der Tunnel sei mithilfe eines neuen, hochmodernen Systems entdeckt worden. Der unterirdische Gang sei von der radikal-islamischen Hamas gebaut worden und habe von Chan Junis mehrere Hundert Meter auf israelisches Territorium geführt, sagte Militärsprecher Jonathan Conriscus am Sonntag. SDA

Boris Johnson trifft Irans Präsident Hassan Ruhani

Teheran. Eine zweitägige Iran-Reise des britischen Aussenministers Boris Johnson ist am Sonntag ohne konkretes Ergebnis zu Ende gegangen. Johnson hatte sich bei Treffen mit dem iranischen Präsidenten Hassan Ruhani und anderen Regierungsgliedern in Teheran für die Freilassung von zwei britischen Gefangenen eingesetzt. Es ging um die seit fast zwei Jahren inhaftierte Projektmanagerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe und den Geschäftsmann Kamal Foroughi. SDA